



**SEITE 2**  
Zukunft der Stahlindustrie sichern

**SEITE 3**  
Gesetz gegen Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen kommt



**SEITE 4/5**  
Im Interview: Ute Vogt, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion

**SEITE 6**  
Bundesteilhabegesetz auf den Weg gebracht



**SEITE 7**  
SPD-Fraktion spricht über Sicherheit  
Otto-Wels-Preis verliehen

**SEITE 8**  
Lohnlücke für alle Frauen schließen

# GUTE ARBEIT

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

Ausgabe 3/2016

# Chancen schaffen, Integration fordern

Mit einem Gesetz legt die Koalition die Grundlage für eine neue Integrationspolitik.

Viele der Menschen, die Schutz bei uns suchen, werden auf absehbare Zeit in Deutschland bleiben. Ihre Integration ist eine gewaltige Aufgabe – für die Flüchtlinge ebenso wie für unsere Gesellschaft. Mit einem Integrationsgesetz wollen die Koalitionsfraktionen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie gelingt und die Geflüchteten Teil unserer Gesellschaft werden können. Es ist ein historischer Schritt: Ein Gesetz, das Maßnahmen bündelt, um die Geflüchteten besser zu integrieren, gab es in Deutschland bisher nicht.

## Integrationsangebote ausbauen

Das Integrationsgesetz fördert und fordert gleichermaßen. Die entscheidenden Hebel: Arbeit, Sprache und Bildung. „Bitte Arbeit“ – das sind die ersten deutschen Worte, die viele Flüchtlinge lernen und lernen wollen“, sagte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles im Bundestag. Der beste Weg zur Integration sei daher Arbeit, der beste Weg zur Arbeit gehe über das Erlernen der deutschen Sprache und Ausbildung. „Wir haben eine Bringschuld und müssen Angebote machen. Umgekehrt muss es aber auch Mitwirkungspflichten geben“, sagte Nahles. Das sei ein fairer Deal.

Konkret heißt das: Die Integrationsangebote werden ausgebaut. Nach spätestens sechs Wochen erhalten Asylsuchende Zugang zu Integrationskursen. Hier wird neben dem Spracherwerb ein verstärkter Fokus auf Wertevermittlung gelegt. Mit 100.000 zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten sorgt die Koalition dafür, dass Asylsuchende schon während des Asylverfahrens erste Erfahrungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt sammeln.



Wer Integration fordert, muss sie auch ermöglichen: Das Angebot an Integrationskursen wird ausgebaut.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Wer arbeiten will und kann, der soll auch arbeiten dürfen. Deshalb können die Länder nun entscheiden, die Vorrangprüfung befristet auszusetzen. Asylsuchende können dann eingestellt werden, ohne dass vorher umständlich geprüft werden muss, ob hierfür auch Einheimische zur Verfügung stehen.

## Rechtssicherheit schaffen

Für Asylsuchende und Arbeitgeber gibt es zudem mehr Rechtssicherheit. Geduldete, die eine Ausbildung beginnen, erhalten eine Aufenthaltsduldung für ihre Gesamtdauer. Wer die Ausbildung erfolgreich abschließt, erhält sechs Monate Zeit, eine Beschäftigung zu finden. Ist die Suche erfolgreich, verlängert sich das Aufenthaltsrecht um zwei Jahre. Mit einer Wohnsitzzuweisung – zur Vermeidung sozialer Brennpunkte

– und einer Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Integration legt die Koalition aber auch klar fest, was sie von Flüchtlingen erwartet. Dabei wird Anstrengung belohnt: Wer bei Spracherwerb und Integration großes Engagement zeigt, kann bereits nach drei Jahren ein unbefristetes Niederlassungsrecht erhalten.

Das Signal des Gesetzes ist klar: Wer sich anstrengt und seinen Teil zur Inte-

gration beiträgt, der hat alle Chancen auf einen Neustart in Deutschland. „Menschen, die in unser Land kommen und Schutz suchen, wollen wir eine gute Chance geben, schnell auf eigenen Beinen zu stehen“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann.

Der Bundestag hat das Gesetz Anfang Juni in erster Lesung beraten, es soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. ■

## Das Integrationsgesetz im Überblick

- 100.000 Arbeitsgelegenheiten
- Schnellerer Zugang zur Berufsausbildungsförderung
- Aussetzung der Vorrangprüfung (befristet)
- Erweiterte Integrationskurse
- Sicherer Aufenthaltsstatus während und nach der Ausbildung
- Pflicht zur Mitwirkung bei Integrationsmaßnahmen
- Befristete Wohnsitzzuweisung zur Vermeidung sozialer Brennpunkte

## Meldungen

### Flexirente kommt

Die Große Koalition will die sogenannte Flexi-Rente auf den Weg bringen. „Flexible Übergänge in die Rente sind eine Frage sozialer Gerechtigkeit“, sagt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Katja Mast.

Wichtig ist den Sozialdemokraten dabei, dass das Prinzip Prävention und Reha vor Rente gestärkt wird. Mit Hilfe eines freiwilligen Gesundheitschecks für Versicherte ab 45 Jahren soll der Vorsorgebedarf ermittelt werden. Wer künftig vor der Regelaltersgrenze in Rente gehen will, soll Zusatzbeiträge bereits ab 50 Jahren zum Ausgleich von Abschlägen zahlen können. Teilrenten werden transparenter, flexibler und damit attraktiver. Die Hinzuverdienstgrenzen für Rentner, die vorzeitig in Rente gegangen sind und etwas hinzuverdienen möchten, werden flexibilisiert und durch ein einfaches Anrechnungsmodell ersetzt. Außerdem wird die Gerechtigkeitlücke bei der Pflicht zur Verrentung bei SGB-II-Beziehern entschärft. Bei drohender Altersarmut aufgrund von Abschlägen werden diese künftig nicht mehr vorzeitig in Rente geschickt. ■

### Fachkräftepotenzial nutzen

In einem gemeinsamen Antrag haben die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung aufgefordert, den drohenden Fachkräftemangel in mehreren Branchen abzuwenden. Die Fraktionen von SPD und CDU/CSU fordern darin eine Reihe von Maßnahmen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen. Außerdem soll das Potenzial von älteren, erfahrenen Menschen, Asylbewerbern und Flüchtlingen, Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslosen sowie Schulabbrechern besser genutzt werden. Dazu wollen die Koalitionsfraktionen die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsverträge steigern und lebenslanges Lernen fördern. ■

Mehr Infos zum Thema:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)



Die Stahlindustrie ist von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

# Stahlindustrie braucht Zukunft

## Die Koalition stellt sich hinter die Beschäftigten und Unternehmen der Stahlindustrie.

Es geht um viele Arbeitsplätze und den wichtigsten Grundstoff für Branchen wie Maschinenbau, Fahrzeugbau oder Hochbau: Die deutsche Stahlindustrie ist von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Trotzdem hat die Branche derzeit zu kämpfen: Überkapazitäten auf dem Weltmarkt, subventionierte Stahlimporte aus China und ein verschärfter EU-Emissionsrechtehandel machen ihr zu schaffen. „In der Summe können diese Herausforderungen für die Stahlindustrie existenzbedrohlich sein“, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. 2016 sei ein Schicksalsjahr für die deutsche Stahlindustrie. „Wir müssen alles dafür tun, die hochqualifizierten Arbeitsplätze in dieser Grundstoffindustrie zu sichern.“

Die industrielle Kraft der Stahlindustrie dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden, betonte auch IG Metall-Chef Jörg Hofmann im April auf einem Stahl-Aktionstag der IG Metall. „Auf jeden der Stahlarbeitsplätze kommen über sechseinhalb Beschäftigte in den Abnehmerbranchen, die davon abhängen.“

### Druck in Brüssel machen

Die SPD-Bundestagsfraktion nimmt die aktuellen Sorgen der deutschen Stahlunternehmen und ihrer Beschäftigten ernst. Mit einem gemeinsamen Antrag stärken die Koalitionsfraktionen der Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit der EU-Kommission den Rücken. Denn vor allem in Brüssel fallen die Entscheidungen über die

Zukunft der Industrie. Aus Sicht der Koalitionsfraktionen muss die EU-Kommission stärker gegen die Dumpingpreise aus China vorgehen. Chinesische Stahlprodukte werden staatlich verbilligt und teilweise unter den Herstellungskosten angeboten. „Die EU-Kommission muss schneller und effektiver gegen hochsubventionierte Stahlimporte zum Beispiel aus China vorgehen und ihre Handelsschutzinstrumente dringend modernisieren“, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Bernd Westphal.

### Befreiung von EEG-Umlage

Daneben machen der Stahlindustrie zwei weitere Punkte zu schaffen: Die geplante Reform des Emissionshandels und die Befreiung der Eigenstromerzeugung von der EEG-Umlage. Einig ist sich die Koalition darin, dass die Stahlindustrie Verantwortung übernehmen muss, wenn es um die Reduktion von Treibhausgasemissionen geht. Allerdings darf die Reform des EU-Emissionshandels nicht zulasten der Stahlproduktion in Deutschland und Europa gehen. „Dem Weltklima ist nicht geholfen, wenn die besonders CO<sub>2</sub>-effiziente Stahlproduktion in Länder außerhalb Europas verlagert wird, in denen deutlich mehr CO<sub>2</sub> pro erzeugter Tonne Stahl anfällt“, sagt Bernd Westphal.

Ähnlich ist es bei der Eigenstromerzeugung: Bei der Stahlerzeugung fallen sogenannte Kuppelgase an. Stahlfirmen betreiben damit Kraftwerke und produzieren so fast die Hälfte ihres Strombedarfs selbst. Das macht ökologisch großen Sinn, deshalb sind die Unternehmen dabei von der EEG-Umlage befreit. Es ist unklar, ob die EU-Kommission diese Regelung weiter zulassen wird. Mit ihrem Antrag senden die Koalitionsfraktionen ein starkes Signal Richtung Brüssel. Die Koalition steht an der Seite der Beschäftigten und der Unternehmen der Stahlindustrie. ■

## Gesundheitswesen: Korruption wird strafbar

Patientinnen und Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass sie die beste Gesundheitsversorgung erhalten – und nicht die, die für den jeweiligen Arzt am profitabelsten ist. Mit einem neuen Gesetz stellt die Große Koalition deshalb jetzt Korruption im Gesundheitswesen explizit unter Strafe.

Künftig macht sich ein Arzt strafbar, wenn er bevorzugt diejenigen Arzneimittel verschreibt, für die er von einer Pharmafirma Bestechungsgelder erhalten hat. Ebenso strafbar macht sich ein Apotheker, der einem Arzt Geld dafür zahlt, dass dieser ihm seine Patienten schickt.

Dabei ist es der SPD-Bundestagsfraktion in langen Verhandlungen mit der Union gelungen, die Vorschriften als so genanntes Offizialdelikt auszugestalten. Damit muss die Staatsanwaltschaft zwingend ermitteln, wenn Strafanzeige oder Kenntnis eines Korruptionssachverhaltes vorliegen. Wichtig: Das Gesetz bestraft nur Korruption, nicht aber Kooperation. Es gibt viele sinnvolle Kooperationen zwischen den Akteuren des Gesundheitswesens – Ärzten, Krankenhäusern, Apotheken, Pharma- und Medizinprodukteindustrie. Diese sind politisch gewollt und bleiben auch künftig möglich. Strafbar macht sich demnach nur, wer sich „in



unlauterer Weise einen Vorteil verschafft“.

„Mit diesem wichtigen Gesetz bekämpft die Koalition, dass die Versicherungsgemeinschaft um Milliardenbeträge geprellt wird“, sagen Johannes Fechner und Dirk Wiese, die zuständigen Berichterstatter der SPD-Fraktion. ■

# Leiharbeit: Gesetz gegen Lohndumping kommt

Die CSU hat ihren Widerstand aufgegeben: Das Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen ist auf den Weg gebracht.

Nach monatelangem Streit haben sich die Spitzen der Großen Koalition geeinigt, mit einem Gesetz gegen den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen vorzugehen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hatte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) schon vor Monaten vorgelegt. Er war seitdem von der Union – vor allem von der CSU – blockiert worden. Jetzt hat ihn das Kabinett beschlossen.

Der Kabinettsbeschluss habe drei Ziele, sagt Andrea Nahles: „Wir sorgen dafür, dass gute Arbeit auch fair bezahlt wird. Wir schieben dem Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen einen Riegel vor. Und Arbeitnehmer und Arbeitgeber erhalten die Möglichkeit, die Bedingungen für mehr Flexibilität und Sicherheit auszuhandeln.“ Wer mehr Flexibilität wolle, müsse mehr Sicherheit bieten, das stärke die Sozialpartnerschaft.

### Gleicher Lohn nach 9 Monaten

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter vor. Außerdem bekommen sie nach neun Monaten den gleichen Lohn wie ihre



Missbrauch bei Leiharbeit führt zu Beschäftigten zweiter und dritter Klasse.

festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Von beiden Regelungen kann per Tarifvertrag oder per Betriebsvereinbarung (wenn ein Tarifvertrag diese Möglichkeit vorsieht) abgewichen werden. Zudem dürfen Leiharbeiterinnen und -nehmer nicht als Streikbrecher eingesetzt werden. Bei Werkverträgen soll mit dem Gesetz klar definiert werden, wann tatsächlich ein Werkvertrag und wann ein normales Arbeitsverhältnis vorliegt. Außerdem müssen Arbeitgeber künf-

tig den Betriebsrat umfassend über den Einsatz von Werkvertragsarbeitnehmern informieren.

### DGB: Gesetz ist wichtiger Schritt

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Dafür setzen wir uns seit vielen Jahren ein“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann. „In dieser zentralen Gerechtigkeitsfrage sind wir für Leiharbeiter mit der Vereinbarung von Equal Pay nach neun Monaten einen riesigen Schritt vorgekommen.“ Für rund 850.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werde es endlich klare Regeln für ihren Einsatz in Fremdfirmen geben.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) begrüßt, dass das Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen nun endlich Fahrt aufnimmt. „Damit ist ein erster wichtiger Schritt getan, um diese Form von Lohndumping in den Betrieben und Verwaltungen zu bremsen“, sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Zwar hätten die Gewerkschaften darüber hinaus weitergehende Forderungen gehabt, dies habe der Koalitionsvertrag aber nicht zugelassen, sagte Hoffmann.

„Die jetzt vereinbarten Regeln schieben den schlimmsten Formen der Ausbeutung endlich einen Riegel vor“, sagt der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger. Wichtig sei nun, dass dieser Kompromiss ohne weitere Verzögerung zum Gesetz wird.

Im nächsten Schritt wird der Gesetzentwurf im Bundestag beraten. Das Gesetz könnte am 1. Januar 2017 in Kraft treten. ■

## Editorial

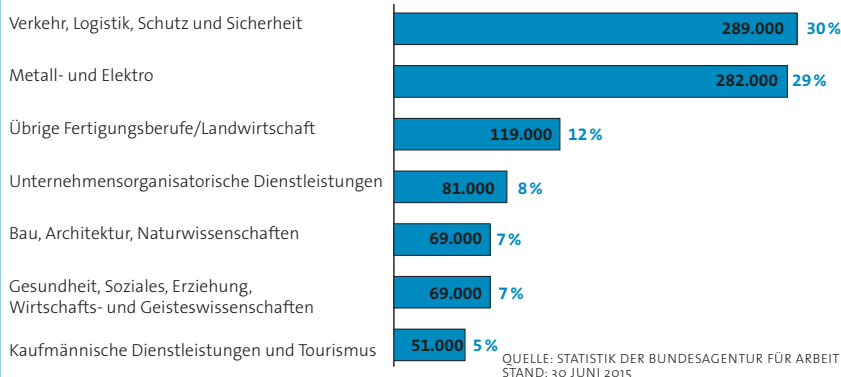


Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

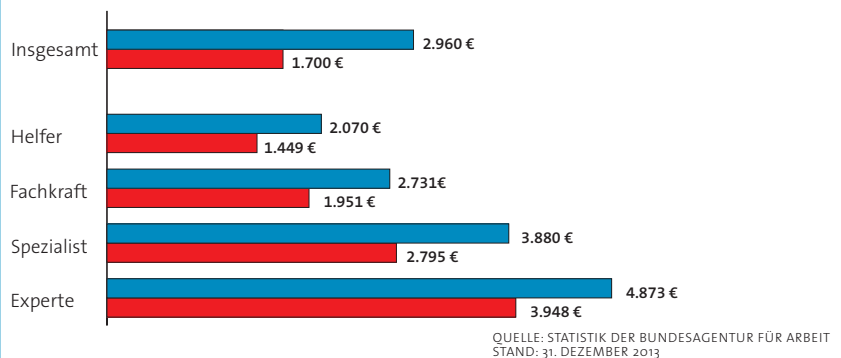
Liebe Leserinnen und Leser, wir haben große Gesetzesvorhaben vorgebracht, die das Leben der arbeitenden Menschen verbessern. Neben den neuen Regelungen für Leiharbeit und Werkverträge ist das Integrationsgesetz ein Meilenstein. Damit werden zum ersten Mal in unserer Geschichte klare Regeln für die Integration geschaffen. Menschen, die in unser Land kommen und Schutz suchen, wollen wir eine gute Chance geben, schnell auf eigenen Beinen zu stehen. Damit der Start gelingt, braucht es ein „Fördern und Fordern“. Mit dem Integrationsgesetz haben wir einen ersten Schritt in Richtung Einwanderungsgesetz durchgesetzt. Das ist ein großer Erfolg. Die SPD-Bundestagsfraktion wird dieses Jahr ein eigenes Gesetz vorlegen. Damit können wir die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte in unser Land steuern.

Ein weiteres großes Reformvorhaben stärkt die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Das Bundesteilhabegesetz von Andrea Nahles wird einen Paradigmenwechsel von der Fürsorge hin zu einer echten Teilhabelogik einleiten: Es ist die größte sozialpolitische Reform dieser Legislaturperiode. Selbstbestimmung, Teilhabe und Inklusion – das werden die neuen Maßstäbe sein. Menschen mit Einschränkungen sollen sich künftig weitgehend selbst aussuchen können, wo sie wohnen wollen, sie werden in der Lage sein, mehr Vermögen anzusparen und mit dem Budget für Arbeit bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz bekommen. Auch zuviel Bürokratie wollen wir dabei abbauen: Menschen mit Behinderungen erhalten künftig die ihnen zustehenden Leistungen weitgehend aus einer Hand. Viele Millionen Menschen werden davon profitieren – Menschen mit Behinderungen, ihre Familien und Lebenspartner, aber auch ihre Arbeitgeber. Das ist ein riesiger Schritt nach vorne! ■

### Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nach Tätigkeitsfeldern



### Bruttoarbeitsentgelte in Euro insgesamt und in der Zeitarbeit (Median)





## »Alle Menschen haben ein Recht auf gesunde Ernährung«

Solange es Bedenken gegen das Pflanzengift Glyphosat gebe, könne die SPD-Fraktion einer Zulassung nicht zustimmen, sagt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ute Vogt. Im Interview spricht sie über die Milchkrise und fordert eine Debatte über den Wert von Lebensmitteln.

**Die Landwirtschaft macht gerade vor allem negative Schlagzeilen: Glyphosat, Milchkrise, Küken-schreddern. Ist es ein Zufall, dass diese Themen gerade alle aufkommen?**

Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind bei diesen Themen sehr viel sensibler geworden. Sie sind aufgeklärter und erwarten einen anderen Umgang mit Lebewesen bei der Frage der Tierhaltung, aber auch bei der Frage nach der eigenen Gesundheit, wenn es um Lebensmittelsicherheit geht. Gleichzeitig sind die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft transparenter geworden, auch weil es viel mehr Informationsmöglichkeiten gibt. Insofern ist es kein Zufall, dass das öffentliche Interesse an diesen Themen wächst. Es ist eine Entwicklung, die schon seit längerem absehbar ist, die aber noch von vielen – auch vom Bauernverband – unterschätzt wird.

„Beim Thema Glyphosat gilt für uns das Vorsorgeprinzip“

**Die Debatte um das Pflanzengift Glyphosat wird sehr emotional geführt. Für die einen ist es hochgiftig, die anderen halten es für unbedenklich für den Menschen. Was ist es für Sie?**

Für uns ist das Vorsorgeprinzip entscheidend. Das heißt konkret: Wir können nur Mittel zulassen, bei denen wir zweifelsfrei wissen, dass sie Menschen nicht schädigen. Bei Glyphosat gibt es Studien, die das Mittel für wahrscheinlich krebserregend halten. Und so lange diese Bewertung im Raum steht,

können wir den Stoff nicht einfach zulassen.

**Es gibt aber auch Studien, die Glyphosat als nicht gefährlich für den Menschen einstufen. Wie lassen sich die unterschiedlichen Studienergebnisse erklären?**

Bei Studien kommt es immer auch auf die genaue Fragestellung an. Letztlich gibt es aber niemanden, der Glyphosat für absolut unbedenklich hält, sondern am Ende geht es um die Frage nach Dosierung und Einsatzzweck. Also wie kann man sicher mit einem Mittel umgehen, wo liegen die Grenzwerte? Darum wird derzeit gestritten.

**Auf EU-Ebene gab es keine Mehrheit für eine Verlängerung der Zulassung, auch weil sich Länder wie Deutschland und Frankreich enthalten haben. Wie geht es jetzt weiter?**

Die EU-Kommission wollte die Zulassung einfach für neun weitere Jahre verlängern, obwohl es viele Bedenken gegen das Mittel gibt. Diese Provokation hat den großen Widerstand ausgelöst. Es wird jetzt auf EU-Ebene weiter verhandelt und ein Kompromiss gesucht. Ich sehe im Moment aber nicht, dass wir von deutscher Seite aus zu einer anderen Haltung kommen. Die SPD-Fraktion hat nach wie vor große Bedenken gegen eine Zulassung, die CDU ist absolut dafür. Daher rechne ich damit, dass wir uns auch in den weiteren Verhandlungen enthalten werden.

**Wie sieht der ideale Weg im Umgang mit Glyphosat aus?**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu im Februar einen Beschluss gefasst: Wir wollen ein Sofortverbot bei Privat- und kommunalen Anwendungen sowie bei der Bahn innerorts. Gleichzeitig brauchen wir einen verbindlichen Ausstiegsplan für die Landwirtschaft, der mit einer Reduzierung beginnt und dann nach wenigen Jahren bei null liegt. Ich sehe bisher nicht, dass in der EU dieser Weg aufgegriffen wird.

**Auch die sogenannte Milchkrise beherrscht derzeit die Schlagzeilen. Die Bauern bekommen nur halb so viel Geld für den Liter Milch wie sie eigentlich bräuchten. Woran liegt es?**

Es ist ein einfaches marktwirtschaftliches Prinzip: Überangebot führt zum Preisverfall. Es wird schlicht viel zu viel Milch angeboten. Der Wegfall der Milchquote hat dazu geführt, dass in Deutschland und der EU deutlich mehr Milch produziert wird als früher, das lässt die Preise sinken.

**Damit stehen viele Milchbauern vor der Pleite...**

Kurzfristig müssen wir hier sicher Nothilfen leisten. Aber das geht nur, wenn sich auch die Struktur ändert, so dass weniger Milch produziert wird. Das große Problem in der Tierhaltung ist die Konzentration auf eine Nutzungsart. Wir haben hochgezüchtete Milchkühe mit einer sehr geringen Lebensdauer, deren Fleisch sich aber nicht vermarkten lässt. Wir brauchen mehr Zweinutzungsrasen, bei denen

„Wir haben große Bedenken gegen eine Glyphosat-Zulassung“

sich Milch und Fleisch vermarkten lassen. Am Ende läuft alles auf eine artgerechte Tierhaltung hinaus: Mehr Fläche für die Tiere, weniger Kraftfutter, Mehrnutzungsrassen. Das führt auch zu einer Reduzierung der Milchmenge.

## „Die Landwirtschaft muss nachhaltiger werden“

### Das klingt nach mehr ökologischer Landwirtschaft ...

Wir bekennen uns als SPD-Fraktion ganz klar zur konventionellen Landwirtschaft. Wir brauchen beides. Wir sind froh über jeden Landwirt, der ökologisch produziert, aber wir können nicht die komplette Landwirtschaft in Deutschland auf Bio umstellen. Gleichzeitig muss die Landwirtschaft nachhaltiger werden und z.B. mehr auf Verbrauch und Gebrauch der Böden und eine artgerechte Tierhaltung achten.

### Welche Rolle spielen die Verbraucherinnen und Verbraucher bei diesem Prozess?

Verbraucherinnen und Verbraucher haben immer Macht, weil sie über ihr Kaufverhalten das Angebot steuern können. Trotzdem sieht man hierzulande an der Biomilch, dass diese

Macht begrenzt ist. Hier ist die Nachfrage schon größer als das Angebot, wir müssen also Biomilch aus anderen Ländern importieren. Das müsste nicht sein, wenn mehr Landwirte auf die Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher reagieren und auf Biomilch setzen würden. Das Problem ist, dass viele in der Landwirtschaft immer noch stark auf Export setzen. Aus unserer Sicht sollte in erster Linie auf den Markt vor der Haustür und in Europa gesetzt werden – und nicht auf den chinesischen.

### Welche Möglichkeiten hat die Politik, hier einzugreifen?

Für uns als SPD-Fraktion gilt: „öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistung“. Vor allem die EU-Förderung der Landwirtschaft muss sich auf die tatsächlich erbrachte Leistung konzentrieren und nicht mehr nur Fläche subventionieren. Im Moment bekommt ein Landwirt rund 290 Euro pro Hektar im Jahr, und zwar völlig unabhängig davon, was auf der Fläche passiert. Das ist eine völlig unsinnige Subventionsweise. Man hat keinerlei Steuerungsmöglichkeit und fördert nicht das, was die Gesellschaft am meisten braucht.

**Auch beim Zukunftsprojekt #NeueLebensqualität der SPD-Fraktion geht es um das Thema Ernährung. Das Ziel ist eine gesunde, nachhaltige Ernährung, die sich alle leisten können. Was muss passieren, damit dieses Ziel erreicht wird?**

## „Auch Umweltschutz und gesunde Ernährung gehören zur sozialen Gerechtigkeit“

Wir brauchen eine neue Debatte, die den Wert von Lebensmitteln in den Mittelpunkt rückt. Sie können nicht einfach immer billiger werden. Es gibt Lebensmittel, bei denen wir die extrem billigen Preise nicht halten können und dürfen: Milch, Schweine- oder Geflügelfleisch sind zum Beispiel viel zu billig auf dem Markt. Wenn wir so wirtschaften wollen, dass es am Ende der Landwirtschaft und den Menschen zugute kommen soll, müssen hier die Preise wieder steigen.

### Heißt das, dass diese Lebensmittel zu Luxusgütern werden?

Etwas höhere Preise machen diese Lebensmittel noch nicht zu Luxusgütern. Auch ist es eine relativ junge Entwicklung, dass es jeden Tag Fleisch gibt. Wenn Lebensmittel wieder angemessene Preise haben, müssen Verbraucherinnen und Verbraucher lernen, wie man damit besser wirtschaftet. Wer zum Beispiel viele Fertigprodukte kauft, ist immer teurer dran, als jemand, der frisches Gemüse kauft und es selbst zubereitet. Oder dass man das Mindesthaltbarkeitsdatum nicht als Wegwerfdatum begreifen sollte. In diesem Feld ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Wobei sich schon viele Menschen Gedanken in diese Richtung machen und damit einen Trend auslösen. Für uns als Sozialdemokratie ist wichtig: Auch Menschen mit wenig Einkommen haben ein Recht darauf,

dass ihre Nahrung eine hohe Qualität hat und nachhaltig produziert wird. Vor diesem Hintergrund gehören auch Umweltschutz und gesunde Ernährung zur Frage der sozialen Gerechtigkeit.

**Zum Thema Gute Lebensqualität gehört – vor allem mit Blick auf die kommenden Generationen – auch die Frage nach dem Atomausstieg. Sie haben als Mitglied der Atomkommission den jetzt vorliegenden Kompromiss mitausgehandelt: Die Unternehmen sollen in einen Fonds einzahlen, aus dem die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls bezahlt werden soll. Wie zufrieden sind Sie mit dem Verhandlungsergebnis?**

Als Mitglied der Kommission habe ich den Kompromiss mitgetragen. Es ist mir allerdings nicht leicht gefallen. Wenn es nach uns gegangen wäre, dann hätten wir diesen Fonds schon vor 6 Jahren eingerichtet, als wir ihn zum ersten Mal vorgeschlagen haben, dann wäre er deutlich höher ausgefallen. Jetzt war es notwendig, das Geld zu sichern. Sonst würden im Falle der Insolvenz eines Betreiberunternehmens die Steuerzahlenden im vollen Umfang einspringen müssen.

Wichtig ist für uns: Der Rückbau und die Stilllegung der Kraftwerke und die Verpackung der Atomabfälle bleiben Aufgaben der Energieversorger, da sind sie voll in der Haftung. Für die Zwischenlager und die Suche nach dem Endlager haben wir insgesamt 23,3 Milliarden Euro im Fonds. Im Ergebnis sind das 6 Mrd. Euro mehr, als die Unternehmen in ihren Bilanzen zurückgestellt haben. ■

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## „Wir brauchen eine neue Debatte über den Wert von Lebensmitteln“



SPD-Fraktionsvizepräsidentin Ute Vogt möchte eine nachhaltige Landwirtschaft, die am Ende Menschen und Umwelt zugute kommt.

### Zur Person

Ute Vogt (51) ist seit 2013 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und zuständig für die Themen Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit sowie Ernährung und Landwirtschaft. Die Juristin ist mit der Anti-Atom-Bewegung zur Politik gekommen und seitdem hat sie das Thema nicht mehr losgelassen. Seit 1994 (mit Unterbrechung) ist die gebürtige Heidelbergerin Mitglied des Bundestages und vertritt dort heute den Wahlkreis Stuttgart I. Zwischen 2002 und 2005 war sie Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern. ■

## Meldungen

## Mindestlohn wird angepasst

Beim Mindestlohn ging es lange Zeit um das Für und Wider – mittlerweile geht es nur noch um die Höhe: Derzeit berät die sogenannte Mindestlohnkommission über die Anpassung der Mindestlohnhöhe. In ihr sitzen Vertreterinnen und Vertreter aus Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Bis Ende Juni soll der Vorschlag der Kommission vorliegen.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast rechnet mit einer angemessenen Erhöhung des Mindestlohns. „Das ist gerecht und steigert den Wert der Arbeit.“ ■

## Deutschland braucht mehr Startups

Eine neue Gründerzeit entsteht nicht über Nacht. Deshalb sucht die SPD-Fraktion nach neuen Antworten und führt den Dialog mit Gründern und Unterstützern. Wie können wir den Innovationsstandort Deutschland stärken, besonders mit Blick auf die Startup-Szene und den Mittelstand? Darüber diskutierte die Projektgruppe #NeueErfolge der SPD-Fraktion jetzt in Berlin mit zweihundert Vertretern aus Unternehmen, Startups, Banken und Verbänden. „Deutschland braucht mehr Startups – und Startups müssen schneller als bislang wachsen können“, sagt die Leiterin des Projektes Sabine Poschmann. ■



7,5 Millionen Menschen in Deutschland haben eine Schwerbehinderung.

## Mehr Chancen auf Teilhabe schaffen

### Die SPD-Fraktion debattiert mit Betroffenen über das geplante Bundesteilhabegesetz.

Es ist eines der größten sozialpolitischen Vorhaben der Großen Koalition: Das Bundesteilhabegesetz (BTHG). Worum geht es? Menschen mit Behinderung sollen selbstbestimmt an der Gesellschaft teilhaben und dafür die nötige Unterstützung bekommen. Das Gesetz, dessen Entwurf das Bundesarbeitsministerium jetzt vorgelegt hat, soll die UN-Behindertenrechtskonvention weiter umsetzen. Vor allem aber soll es die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung verbessern.

In Deutschland leben rund 7,5 Millionen Menschen mit Schwerbehinderungen. Weitere 16,8 Millionen sind von Behinderungen bedroht. Allein

diese Zahlen verdeutlichen, wie wichtig das Thema ist. Aufgabe der Politik ist es, diesen Menschen Teilhabe zu ermöglichen. Das Motto dabei: „Nichts über uns – ohne uns“. Das heißt, Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände wie auch alle anderen Betroffenen müssen von Anfang an und kontinuierlich am Gesetzgebungsprozess beteiligt werden. Vor der Erarbeitung des nun vorliegenden Entwurfs hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales deshalb einen breit angelegten Dialog mit Betroffenenverbänden geführt. Diesen Weg führt die SPD-Fraktion auch im Gesetzgebungsverfahren fort. Deshalb hat sie den Ent-

wurf Ende Mai – noch vor Beginn des parlamentarischen Beratungsverfahrens – im Rahmen einer Fachveranstaltung mit 250 Interessierten diskutiert.

„Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, allen Menschen gleiche Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen“, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann. Mit dem Bundesteilhabegesetz werde der Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Teilhabe, den vor allem die Sozialdemokraten mitgestaltet hätten, mit realen Verbesserungen fortgesetzt.

#### SPD-Fraktion beginnt Debatte

Im Mittelpunkt steht die Reform der Eingliederungshilfe, die aus dem System der Sozialhilfe herausgeführt wird. Zugleich sind Verbesserungen bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen geplant. Das Teilhabegesetz sieht außerdem zahlreiche weitere Maßnahmen vor, beispielsweise um den inklusiven Arbeitsmarkt voranzubringen oder neue, unabhängige Beratungsstrukturen zu schaffen.

In mehreren Foren diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Gesetzentwurf kontrovers. Die SPD-Fraktion wird die Erkenntnisse und Hinweise aus der Diskussion mit in das parlamentarische Verfahren nehmen. „Die Veranstaltung ist der Beginn der Debatte“, sagte die Beauftragte für die Belange der Menschen mit Behinderungen der SPD-Fraktion, Kerstin Tack. Es gehe jetzt darum, gemeinsam herauszuarbeiten, welche Punkte besonders beachtet werden müssten. Ziel der SPD-Fraktion sei ein gutes Gesetz, das die Interessen der Betroffenen, der Leistungsträger und der Länder in Einklang bringe. ■

#### Mehr Infos zum Thema:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Nein zu Briefkastenfirmen, die die Mitbestimmung gefährden

Die EU-Kommission plant die Einführung einer anonymen Ein-Personen-Gesellschaft (Societas Unius Personae, SUP). Mit ihr soll die Gründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung und mit einem einzigen Gesellschafter durch ein harmonisiertes Eintragungsverfahren erleichtert werden.

Der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Fechner warnt ausdrücklich vor der Einführung einer solchen Gesellschaft. „Das Konzept der EU-Kommission für eine europäische Ein-Personen-Gesellschaft ist gefährlich und muss gestoppt werden.“ Denn aus der grundsätzlich sinnvollen Idee einer europaweit ein-

heitlichen GmbH habe die EU-Kommission ein Einfallstor für Geldwäsche und Mitbestimmungsflucht entwickelt.

#### Anonyme Briefkastenfirmen

Gefährlich sei am Kommissionsvorschlag, dass die Gründung der neuen Ein-Personen-Gesellschaften online erfolgen könne, ohne dass Firmengründer mit dem Ausweis ihre Identität nachweisen müssen. Dadurch können ganz einfach anonyme Briefkastenfirmen entstehen. Nicht zuletzt die Panama-Leaks haben gezeigt, dass Briefkastenfirmen oft nur Geldwäsche und Steuerhinterziehung bezwecken.

Zudem will die EU-Kommission die Trennung von Satzungs- und Verwal-



Johannes Fechner

tungssitz erlauben. Deutsche Unternehmen mit Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat können sich so in eine SUP umwandeln, diese im Ausland registrieren und weiterhin in Deutsch-

land tätig sein. Da dann das Mitbestimmungsrecht des Registrierungslandes gilt, kann trotz Geschäftstätigkeit in Deutschland die deutsche Mitbestimmung umgangen werden.

#### SPD-Fraktion wehrt sich

Der Bundestag hat sich vor allem durch das Engagement der SPD-Fraktion klar gegen diese SUP positioniert. Auch die Sozialdemokraten im Europaparlament sind dagegen, die EVP-Abgeordneten leider überwiegend dafür. „Die Umgehung unserer bewährten Mitbestimmung und die Gründung von anonymen Briefkastenfirmen müssen wir gemeinsam verhindern“, fordert Fechner. ■

# Menschen müssen sicher sein und sich sicher fühlen

Auf einer Konferenz hat die SPD-Fraktion in Berlin über öffentliche Sicherheit diskutiert. Mit dabei: Polizei, Feuerwehr und THW.

Es ist ein Paradox: Obwohl Deutschlands Kriminalstatistiken zeigen, dass das Land immer sicherer wird, steigt das Unsicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Und das, obwohl die Zahl der Gewaltdelikte objektiv gesunken ist.

Mit diesem scheinbaren Widerspruch eröffnete SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann eine große Konferenz seiner Fraktion zur öffentlichen Sicherheit in Deutschland. Geladen waren rund 300 Angehörige der Polizeien, des Technischen Hilfswerks, der Feuerwehren und Hilfsorganisationen. Die Garantie für öffentliche Sicherheit ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein gesellschaftliches Kernthema. Es reicht von der Prävention bis zur Strafverfolgung, von der Katastrophenvorsorge bis zur Hilfeleistung im akuten Notfall.

Auf der Sicherheitskonferenz ging es also um die Fragen: Wie lässt sich Unsicherheiten und Ängsten in der Bevölkerung entgegenwirken? Wie kann man jeden einzelnen besser vor Kriminalität, Gewalt und deren Ursachen schützen?

Thomas Oppermann sieht drei Gründe für das gesunkene Sicherheitsgefühl der Menschen: die steigende Zahl rechtsextremer Übergriffe; die Furcht vor Alltagskriminalität wie Einbrüchen; und die Angst vor Terroran-



Die Ängste der Menschen ernstnehmen und dabei einen kühlen Kopf bewahren: SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann spricht bei der Sicherheitskonferenz.

schlägen. Gerade in Bezug auf die Terrorismusgefahr habe die Koalition bereits wichtige Schritte unternommen, etwa die Strafbarkeit von Reisen in Terrorcamps oder den Personalausweisentzug bei Terrorverdächtigen, sagt Oppermann. „Das zeigt, wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen ernst. Wir müssen aber weiterhin einen kühlen Kopf bewahren.“

## Diskussion in zwei Panels

In zwei Panels – moderiert von SPD-Fraktionsvizein Eva Högl und der Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin

Christine Lambrecht – diskutierten die Gäste die Themen Sicherheit in Deutschland und Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hielt das Schlusswort. Für ihn ist klar: „Sicherheits- und Polizeibehörden müssen personell und technisch so ausgestattet werden, dass sie ihre Arbeit vernünftig machen können.“ Die Politik müsse sich deshalb Gedanken machen, wie „wir die Zusammenarbeit der Polizeibehörden des Bundes und der Länder und auch international verbessern.“ ■

## Meldungen



## Mehr öffentliches WLAN kommt

Ob auf öffentlichen Plätzen, staatlichen Einrichtungen oder in Cafés und Restaurants: In anderen Ländern steht an vielen Orten ein kostenfreier Internetzugang zur Verfügung. Öffentliche WLAN-Hotspots sind dort längst die Regel. In Deutschland waren sie bisher aufgrund einer unklaren Rechtslage die Ausnahme. Denn Anbieter von öffentlichen Hotspots mussten befürchten, für Rechtsverletzungen ihrer Nutzerinnen und Nutzer zu haften, etwa bei illegalen Downloads. Damit ist jetzt Schluss: Mit Änderungen im Telemediengesetz schafft der Bundestag Rechtssicherheit für Anbieter von offenen WLAN-Hotspots. „Die Gefahr von Schadenersatzansprüchen oder von kostenpflichtigen Abmahnungen für Rechtsverletzungen Dritter gehört damit der Vergangenheit an“, sagt der netzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Lars Klingbeil. Das Gesetz stellt klar, dass sich auch WLAN-Anbieter in Cafés, an öffentlichen Plätzen in Landkreisen und Kommunen oder in Vereinen und Bibliotheken auf dieselbe Haftungsbeschränkung verlassen können, wie gewerbliche Anbieter, z.B. die Telekom oder Vodafone. Damit sorgt die Koalition dafür, dass deutlich mehr freies WLAN im öffentlichen Raum angeboten werden kann. Vor allem Abmahnwälde haben durch die rechtliche Klarstellung künftig schlechte Karten. Die umstrittene WLAN-Störerhaftung und Abmahnungen an WLAN-Anbieter, ihre Netze zu schließen, werde es künftig nicht mehr geben, erklären die zuständigen Berichterstatter der SPD-Fraktion, Marcus Held und Christian Flisek. Auch Auflagen wie Passwortpflichten oder Vorschaltseiten seien damit vom Tisch. ■

## SPD-Fraktion verleiht Otto-Wels-Preis



Im Rahmen ihres diesjährigen Frühjahrsempfangs hat die SPD-Bundestagsfraktion im Mai die Gewinnerinnen und Gewinner des „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ ausgezeichnet. Der Jugendkreativwettbewerb stand in diesem Jahr im Zeichen der europäischen Idee. Die jungen Preisträgerinnen und Preisträger erhielten Geldpreise, die von den SPD-Abgeordneten gestiftet wurden. Die Preisträger waren:

1. Platz: Stefan Endeward (Kurzgeschichte „Klassentreffen“), Kategorie „Europa 2030“.
2. Platz: Clea Kleffmann (Rede), Kategorie „Die Faszination der europäischen Idee“.
3. Platz: Manuel Beh (Essay), Kategorie „Demokratie stärken“. ■

## Vorgestellt



Susann Rührich

In der Politik sei entscheidend, dass jeder Mensch zählt, alle mitmachen können und jede Stimme gehört wird, sagt Susann Rührich. Als Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied der Kinderkommission des Bundestages sorgt sie dafür, dass das auch für die Kleinsten der Gesellschaft gilt. Ob Medien, Gesundheit oder Kinderschutz: Sie befasst sich mit sämtlichen Themen, die Kinder betreffen. Und sie achtet bei allen Gesetzen darauf, dass auch die Belange von Kindern berücksichtigt werden. In der SPD-Fraktion ist die Meißener Abgeordnete zudem Sprecherin der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“. ■



Stefan Rebmann

Entwicklungszusammenarbeit sei kein Randthema, sondern behandle die essentielle Frage, wie wir die Globalisierung gerecht gestalten, sagt Stefan Rebmann. Seit Mitte März ist der Mannheimer Abgeordnete entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Das Thema ist für ihn aktueller denn je: „Gerade bei dem jetzt alles beherrschenden Thema Flucht und Fluchtursachenbekämpfung kann die Entwicklungszusammenarbeit einen substanziellen Beitrag leisten.“ Daneben macht der ehemalige DGB-Vorsitzende der Region Nordbaden vor allem Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: „Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsschutz sind unverzichtbare Bestandteile des Sozialstaates.“ ■

# Lohnlücke schließen

Die SPD-Fraktion will, dass das geplante Entgeltgleichheitsgesetz für alle Frauen gilt. Die Union muss ihre Blockade endlich aufgeben.

Frauen bekommen in Deutschland weniger Lohn als Männer. Dieser Satz ist so einfach wie wahr. Im Jahr 2015 haben Frauen, bezogen auf das durchschnittliche Stundenentgelt, 21 Prozent weniger Geld verdient. Dafür gibt es einerseits strukturelle Ursachen: Frauen wählen oft andere Berufe, müssen ihre Erwerbsarbeit familienbedingt unterbrechen und arbeiten häufiger in Teilzeit. Auf der anderen Seite bleibt ohne diese Faktoren immer noch eine Lohnlücke von 7 bis 8 Prozent zwischen Frauen und ihren männlichen Kollegen, also auch wenn Frauen die gleiche Qualifikation mitbringen und die gleiche Tätigkeit ausführen.

Die SPD-Fraktion kämpft seit langem dafür, gegen diese Ungerechtigkeit mit einem Gesetz vorzugehen. Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig hat dazu schon vor sechs Monaten einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Er wird seitdem von der Union blockiert. Zentraler Streitpunkt ist das Auskunftsrecht, das die Beschäftigten bekommen sollen. Konkret: Frauen sollen ein Recht darauf haben, zu erfahren, was ihre männlichen Kollegen im Betrieb bei gleicher



Kampf gegen die ungerechte Lohnlücke: Die SPD-Bundestagsfraktion beim diesjährigen Equal-Pay-Day in Berlin.

Tätigkeit im Durchschnitt verdienen. Manuela Schwesig will dieses Recht für alle Beschäftigten einführen. Die Union will hingegen, dass es nur für Betriebe ab 500 Mitarbeitern gilt. Konkret geht es damit um die Frage, ob sich künftig 31 Millionen Beschäftigte über Kollegengehälter informieren können – oder nur sechs Millionen. Anders gesagt: Die Union will dieses Auskunftsrecht 25 Millionen Beschäftigten vorenthalten.

„Die Kanzlerin muss jetzt zeigen, ob sie es ernst meint mit der gerechten Entlohnung von Frauen und Männern“, sagt dazu SPD-Fraktionsvizein Carola Reimann. Es könne nicht sein, dass ein großer Teil der Frauen von der Neuregelung ausgeschlossen wird. „Die Lohnlücke muss sich für alle Frauen schließen.“ ■

Mehr Infos zum Thema:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Mietpreisbremse und Bestellerprinzip wirken

Seit einem Jahr sind die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip bei Maklern in Kraft – und entlasten die Mieterinnen und Mieter. In mittlerweile 11 Bundesländern können vor allem in Universitäts- und Großstädten exzessive Mietsteigerungen bei neuen Mietverträgen begrenzt werden. In angespannten Wohnungsmärkten dürfen Mieten bei neuen Verträgen in der Regel nur noch zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Gleichzeitig zeigt sich aber, dass die Mietpreisbremse nicht überall die Erfolge erzielt, die möglich wären. Das Problem ist die fehlende Transparenz: Vermieter müssen die Höhe der Vor-

miete nicht automatisch offenlegen. Viele Mieter scheuen sich aber davor, diese Auskunft einzufordern oder mit rechtlichen Schritten gegen zu hohe Mieten vorzugehen.

### Mehr Transparenz schaffen

Die SPD-Fraktion unterstützt deshalb Justizminister Heiko Maas, die gesetzlichen Regelungen der Mietpreisbremse im Sinne der Mieter nachzubessern. Dabei geht es vor allem um mehr Transparenz. „Vermieter müssen zur Offenlegung der Vormiete verpflichtet sein – und zwar unabhängig von einem Auskunftsverlangen“, sagt SPD-Fraktionsvizein Eva Högl.

Außerdem müsse ein Rückzahlungsanspruch ab Vertragsschluss gewährt werden statt wie bisher ab Geltendmachung durch die Mieter.

Daneben plant die SPD-Fraktion in der Großen Koalition weitere Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter: Mit einem zweiten Gesetzespaket sollen Mietspiegel rechtssicher werden. Zum Schutz der Mieterinnen und Mieter sollen außerdem eine Kapplungsgrenze für Mietsteigerungen bei Modernisierungen und der Wirtschaftlichkeitsgrundsatz eingeführt werden, damit Mieter nicht mehr einfach aus ihrer Wohnung „herausmodernisiert“ werden können. ■

### IMPRESSUM GUTE ARBEIT

**Herausgeberin:** SPD-Bundestagsfraktion

**Verantwortlich:** Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Redaktionsschluss:** 13. Juni 2016

**Herstellung:** Network Media GmbH

**Redaktion:** Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer

**Texte:** Gero Fischer

**Druck:** Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

**Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:**

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** [oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de)

– **per Fax:** 030/22756800